

Fadegrad



von
Roland Scheck

Die Mehrheit

«Die Mehrheit ist der Meinung, dass eine Kürzung hier nicht sinnvoll ist.» Kurz, arrogant und ohne Begründung. Dies war die Standard-Antwort der rot-grünen Mehrheit auf die 436 Budgetverbesserungsanträge der Bürgerlichen im Rahmen der vergangenen Budgetberatung. Obwohl die Stadt seit sechs Jahren nur noch rote Zahlen schreibt, beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat für das Jahr 2014 ein weiteres Defizit von 231 Millionen Franken. Die Bürgerlichen stemmten sich mit ihren Budgetanträgen gegen das drohende Unheil. So vertrat die SVP Aufwandverbesserungsanträge von weit über 300 Millionen Franken. Der Sparwille der FDP lag bei knapp 200 Millionen Franken, und derjenige von CVP/ EVP noch bei immerhin 100 Millionen Franken. Auf der anderen Seite verteidigte die vereinigte Linke jeden Franken Defizit. Rot-Grün setzte sich gegen alle Aufwandverbesserungen zur Wehr und schaffte es mit massgeblicher Unterstützung der Grünliberalen, die Aufwandsenkungen auf 59 Millionen Franken zu beschränken, womit für das Jahr 2014 ein veranschlagtes Defizit von 172 Millionen Franken resultierte. Mit ihren Budgetanträgen hat die SVP einmal mehr gezeigt, dass die Stadt Zürich ein ausgeglichenes Budget haben könnte und gar eine Steuerfussenkung machbar wäre. Doch die Mehrheit – unsere drei volksverbundenen Hafensparten SP, Grüne und Grünliberale – haben andere Interessen. Sie wollen kein ausgeglichenes Budget, sondern sie wollen so viel Geld wie möglich aus dem Staat herauspressen und auf Kosten der nächsten Generationen leben. Nach uns die Sintflut, heisst das Motto. Bedenken gibt es keine, ist man sich doch sicher, dass man im rot-grünen Zürich sowieso wiedergewählt wird. Und danach soll der Raubzug noch ausgeweitet werden. Für die Jahre 2015 bis 2017 veranschlagt der Stadtrat gar jährliche Defizite zwischen 304 und 441 Millionen Franken. Was dies bedeutet, kann am besten mit einem Rechenbeispiel illustriert werden: 1 Steuerprozent generiert in der Stadt Zürich rund 15 Millionen Franken Steuereinnahmen. Der heutige Steuerfuss liegt bei 119 Prozent. Der maximale mögliche Steuerfuss beträgt 130 Prozent. Würde die Stadt Zürich den Steuerfuss um 11 Prozent auf das maximale Niveau erhöhen, würden Mehreinnahmen von rund 165 Millionen Franken resultieren. Also nicht einmal die Hälfte der für die Jahre 2015 bis 2017 veranschlagten Defizite. Immer höhere Schulden und ein rot-grüner Grossangriff auf das private Eigentum sind damit vorprogrammiert. Die Zürcher Bevölkerung hat am 9. Februar 2014 die allerletzte Chance, Steuererhöhungen abzuwenden, indem sie Nina Fehr Düsel, Roland Scheck sowie die weiteren bürgerlichen Tops in den Stadtrat wählt. In vier Jahren ist es dann zu spät.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Das letzte Feigenblatt – staatlicher Abbau von Privatparkplätzen

Anlässlich der Ratssitzung von dieser Sitzung fiel nun auch das letzte Feigenblatt im stetigen Parkplatzstreit in der Stadt Zürich.



Sven Oliver Dogwiler
Gemeinderat SVP
Keis 1 + 2

Mit einer Motion fordern Martin Sarbach (SP) und Markus Knaus (Grüne) den Stadtrat auf, eine Verordnung auszuarbeiten, die einen legalen Abbau von Parkplätzen auf privatem Grund ermöglichen soll.

Parkplatz-Überzahl – in der Stadt Zürich?

Rot-Grün begründet diese Motion damit, dass in Zürich zu früheren Zeiten Privat-Parkplätze im Übermass erstellt worden seien und deren Bau heute – unter geltender Rechtsordnung – nicht mehr bewilligt worden wäre. Aus diesem Grund würde ein sogenannter Parkplatz-Überhang bestehen.

Mit diesen nach heutiger Rechtsordnung überzähligen Parkplätzen würden nach Meinung der Motionäre eine nicht bestimmungsgemässe Nutzung und eine übermässige Umwelt- und Strassenbelastung einhergehen. Zunächst lässt sich die Stadt Zürich mit Begriffen wie überzählige Parkplätze oder einem Parkplatz-Überhang wohl kaum in Einklang bringen. Sodann vermag die Begründung in der Motion, wonach Privatparkplätze nicht bestimmungsgemäss genutzt werden und zu einer übermässigen Umwelt- und Strassenbelastung führen würden, nicht zu überzeugen.

ssigen Umwelt- und Strassenbelastung führen würden, nicht zu überzeugen.

Das Bundesgericht hielt bereits in einem Entscheid aus dem Jahre 2005 unmissverständlich fest, dass sich Parkplatzbeschränkungen bei bereits bestehenden Anlagen in luft-hygienisch Sanierungsgebieten über das Umweltschutzgesetz und die Luftreinhalte-Verordnung nicht realisieren lassen.

Ganz abgesehen würde sich eine allfällige durch den Verkehr verursachte übermässige Lärm- oder Verschmutzungsimmission ohnehin nicht einzelnen Privatparkplätzen zuordnen lassen. Es ist nicht ersichtlich, weshalb von einem Privatparkplatz direkt Immissionen ausgehen sollen und weshalb – vor dem Hintergrund der Parkplatzknappheit in der Stadt Zürich – Parkplätze nicht bestimmungsgemäss genutzt werden sollten. Auch im kantonalen oder im kommunalen Recht lassen sich keine entsprechenden Bestimmungen finden die einen solchen Abbau legalisieren würde.

Ein Abbau von Privatparkplätzen ist heute wegen fehlender gesetzlicher Grundlage nicht möglich und wäre damit selbstverständlich unzulässig.

Die Motionäre von SP und Grüne forderten deshalb den Stadtrat mit der Ausarbeitung einer Verordnung auf, damit ein Abbau von Privatparkplätzen zukünftig rechtlich möglich wird.

STADT ZÜRICH: GEMEINDERATSWAHLEN VOM 9. FEBRUAR 2014

Erfolgreiche und sachliche Oppositionspolitik im Gemeinderat

Die SVP hat die Oppositionspolitik in Zürich nicht gesucht, wir bekamen diese vom Stadtzürcher Souverän in den Wahlen von 2010 zugeteilt, denn wir wurden nicht in den Stadtrat gewählt.



Mauro Tuena
Gemeinderat
Fraktionspräsident SVP
Zürich 4/5

Opposition heisst in unserem Fall auch, in der Minderheit im Gemeinderat zu sein. Das ist nicht immer einfach und ist vor allem mit viel Arbeit und Einsatz für die ganze Fraktion verbunden.

Unser Auftrag, gegeben vom Volk, besteht nicht einfach darin, Vorlagen des Stadtrates an den Gemeinderat abzunicken, sondern diese kritisch zu überprüfen und zu hinterfragen. Vielfach müssen Details in den Anträgen der Regierung aus unserer Sicht korrigiert und angepasst werden, damit wir sie schlussendlich unterstützen können. Finden unsere Änderungsanträge keine Mehrheiten, hat die SVP auch die Kraft, eine Vorlage als Ganzes in der Schlussabstimmung abzulehnen.

Mehrheiten für SVP-Anträge

Die Schwierigkeit einer sachlichen Oppositionspolitik besteht darin, möglichst zu versuchen für Änderungsanträge Mehrheiten zu finden. Rückblickend kann festgestellt werden, dass uns dies doch ab und zu gelungen ist. Jüngstes Beispiel ist sicherlich der Rahmenkredit für den Bau von Schulraumpavillons von 55 Millionen Franken, der auf unseren Antrag hin in der Schlussabstimmung um rund 10 Prozent auf 50 Millionen Franken gesenkt werden konnte. Auch der Budgetprozess ist ein gutes Beispiel für sachliche Oppositionspo-

litik. In mehreren Budgetklausuren hat die SVP-Fraktion den Voranschlag 2014 des Stadtrates minuziös durchgeackert und dabei Kürzungsanträge zusammengetragen. Einige von ihnen fanden in der Ratsdebatte Mehrheiten.

Gegen grün-ideologische Verkehrspolitik

Opposition heisst aber auch, Vorlagen, die aus Sicht der SVP unsinnig sind, gänzlich abzulehnen und keine Kompromisse einzugehen. So etwa steckt die Verkehrspolitik in Zürich in grünen Ideologien fest. Motorisierter Individualverkehr wurde vom Stadtrat und leider von einer Mehrheit des Gemeinderates zum Feindbild erklärt.

Dass aber genau dieser Teil des Verkehrs für eine gut funktionierende Volkswirtschaft ein entscheidender Faktor ist, interessiert diese Kreise nicht. Die fixe «Ausschliesslich-und-nur-Velo-Vorstellung» des Stadtrates nimmt inzwischen geradezu groteske Züge an. Diese zeigen sich am sogenannten Projekt «Masterplan Velo», der zurzeit Schritt für Schritt eingeführt wird.

Hier sollen zu Gunsten neuer und sicherlich übermässig breiter Velowege nicht nur Fahrspuren und Parkplätze des motorisierten Individualverkehrs in grosser Anzahl vernichtet werden, sondern auch Trottoirs für die unzähligen Fussgänger in unserer Stadt sollen verkleinert werden. Zudem sollen, ginge es nach dem Willen des rot-grünen Stadtrates, ganze Baumalleen einfach abrasiert werden. Was für eine absurde Vorstellung. Solche Vorlagen unterstützt die SVP nicht.

Wahlen vom 9. Februar

Gemeindewahlen: Liste 2 wählen

Stadtratswahlen: Nina Fehr und Roland Scheck wählen dazu die restlichen Kandidaten der TOP 5

Bezirksgerichtspräsidium:

Beat Gut (Kandidat der Mehrheit der IPK-Parteien)

Erneuerungswahlen Bezirksgericht Zürich:

Liste 1, Wahlvorschlag der IPK (52 vollamtliche Mitglieder)

Liste A, Wahlvorschlag der IPK (20 teiltamtliche Mitglieder)

Rückwirkung von neuen Gesetzen

Bei Erstellung von Neu- und Umbauten ist die Anzahl der zu erstellenden bzw. zulässigen Parkplätze über die kommunale Parkplatzverordnung (PPV) geregelt, welche seit 1998 in Kraft ist. Rot-Grün will nun mit der Motion im Prinzip bezwecken, dass diese PPV auch auf vor 1998 erstellten Liegenschaften Anwendung findet und die überzähligen Parkplätze abgebaut werden müssen. Die PPV soll somit rückwirkend Gültigkeit entfalten.

Bei einer Rückwirkung von neu erlassenen Gesetzen und Verordnung ist aus juristischer Sicht generell äusserste Zurückhaltung geboten, insbesondere wenn mit neuen gesetzlichen Bestimmungen Rechte der Bürger eingeschränkt werden sollen. Genau dies wäre aber vorliegend der Fall. Bereits erstellte Bauten – darunter fallen auch Privatparkplätze – genießen einen sogenannten Bestandesschutz, sofern sie seinerseits ordnungsgemäss erstellt wurden und heute noch funktionsgerecht nutzbar sind. Dieser Bestandesschutz ist einerseits Ausfluss der verfassungsmässig garantierten Eigentumsgarantie und ist auch ausdrücklich in der kantonalen Planungs- und Bauzonenverordnung (PBG) verankert.

Verstoss gegen übergeordnetes Recht

Die vorliegende Motion verstösst deshalb nicht nur gegen übergeordnetes kantonales Recht und Bundesrecht, sondern gefährdet auch die Rechtssicherheit. Dass Rot-Grün zur Durchsetzung ihrer ideologischen Ziele vor nichts zurückschreckt, ist eigentlich nichts Neues.

Neu in dieser jahrelang grassierenden Parkplatzerneuerung ist allerdings, dass neuerdings auch bestehende Privatparkplätze ins Visier genommen werden.

Das Geschäft wurde entgegen der Stimmen von SVP, FDP CVP und SD mit 74:49 überwiesen, allerdings in abgeschwächter Form: es soll ein Leitfaden erarbeitet werden, womit Private «freiwillig» auf Parkplätze verzichten sollen (mit klarer Betonung auf sollen).

Man darf sich abschliessend durchaus fragen, weshalb ein Zürcher Grundeigentümer freiwillig auf einen begehrten Parkplatz verzichten soll und weshalb es hierfür einen vom Gemeinderat abgesegneten staatlichen Leitfaden braucht. Fest steht nach diesem Abend allerdings, dass dieser Leitfaden einen weiteren Angriff auf Parkplätzen in Zürich darstellen wird.

Mehr SVP für die städtische Politik

Am 9. Februar 2014 sind Gesamterneuerungswahlen des Stadt- und Gemeinderates. Mit Nina Fehr Düsel und Roland Scheck stellen sich zwei ausgezeichnete Kandidaten zur Wahl in den Stadtrat. Aber auch die SVP-Fraktion im Gemeinderat muss verstärkt werden. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Zürich

haben es in der Hand, am 9. Februar noch mehr gradlinige, zuverlässige und engagierte Vertreterinnen und Vertreter der SVP in den Gemeinderat zu wählen, indem sie in ihren Wahlkreisen jeweils die Liste 2 in die Urne werfen.

So können wir auch nach den Wahlen weiterhin den Auftrag des Souveräns mit aller Kraft umsetzen.

BLICK on tour

Vorankündigung

Wie viele Einwanderer braucht die Schweiz?

Ringier Publizist Hannes Britschgi lädt zum Polit-Talk mit Speis & Trank – Eintritt frei!

- Es diskutieren über die Masseneinwanderungs-Initiative:
- Christoph Blocher, Ex-Bundesrat und Nationalrat/Zürich, Unternehmer
 - Thomas Minder, Ständerat/Schaffhausen, Unternehmer
 - Philip Mosimann, CEO Bucher Industries AG
 - Paul Rechsteiner, Ständerat/St. Gallen, Rechtsanwalt

Montag, 27. Januar 2014, 18.30 Uhr,
Zürcher Volkshaus, Weisser Saal

- 18.00 Uhr: Türöffnung
- 18.30 Uhr: Podium
- 20.00 Uhr: Speis und Trank